

# Walker: „Biosphärengebiet ist keine Käseglocke, die Entwicklung verhindert“

 [schwaeerbische.de/regional/oberschwaben/w-3071880](https://schwaeerbische.de/regional/oberschwaben/w-3071880)

14. November 2024

Ministerin in Oberschwaben

📍 Allgäu/Oberschwaben / Lesedauer: 5 min



Moore sollen im Zentrum des möglichen Biosphärengebiets stehen, über das in Oberschwaben und im Allgäu immer heftiger diskutiert wird.

(Foto: Paul Martin)

Bei ihrem Besuch in Bad Waldsee legte die Umweltministerin keine Karten vor, die zeigen, wo Kern- oder Pflegezonen liegen könnten. Neu ist ein Biosphären-Notausgang.

Veröffentlicht: 14.11.2024, 20:00

Von:



Paul Martin

Der Prüfprozess rund um ein Biosphärengebiet in Oberschwaben geht in seine Endphase. Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) informierte am Donnerstag in Bad Waldsee zusammen mit dem Tübinger Regierungspräsidenten Klaus Tappeser die Bürgermeister der infrage kommenden Städte und Gemeinden über den aktuellen Stand. Im Anschluss an die Sitzung gab es ein Pressestatement.

Was es nicht gab, waren die Karten mit den konkreten Zonen eines Biosphärengebiets. Sie sollen „im ersten Quartal 2025“ veröffentlicht werden, so die neueste Ankündigung. Walker, Tappeser, Ravensburgs Landrat Harald Sievers und Prozessvorsitzender Timo Egger, warben bewusst nicht für die Errichtung des Biosphärengebiets. Wohl aber für ein ernsthaftes Verfolgen des Prüfprozesses.

## Walker bringt Garantien mit

---

Im Gepäck hatte Thekla Walker für die Oberschwaben verschiedene Garantien, die sichtlich auf die Befürchtungen der Landwirte und Waldbesitzer zugeschnitten waren, welche sich erst kürzlich in einem eingetragenen Verein zusammengeschlossen haben.

Zu den Regeln, die es heute schon gibt, kommen keine hinzu.

Harald Sievers

Eine Neuigkeit der Neuigkeiten ist, dass es eine Art Ausstiegsklausel aus dem Biosphärenreservat geben wird. „Man tritt freiwillig ein und kann auch freiwillig wieder raus“, so Walker. „Da ist man nicht für immer und ewig gebunden.“ Das sei eine der wichtigsten Botschaften an die Bürgermeister gewesen.

## Biosphärenggebiet bekommt einen Notausgang

---

„Meine Behörde hat einen klaren politischen Auftrag“, sagte dazu Regierungspräsident Klaus Tappeser. „Und der lautet: Prüft, ob ein Biosphärenggebiet für die Gemeinden in der Region passend sein könnte.“ Trotz Ausstiegsmöglichkeit soll es am Ende fundierte Entscheidungen geben, die die Kommunen auch langfristig mittragen: „Ein heute-so und morgen-so will man hier genauso wenig wie einer Partnerschaft.“

Das zweite - schon lange im Raum stehende Versprechen - aus dem Walker nun eine Garantie machte, ist, dass die sogenannten Kernzonen eines möglichen Biosphärenggebiets - also die mindestens drei Prozent der Fläche, die sich selbst überlassen werden - ausschließlich Wälder und Gebiete der öffentlichen Hand betreffen werden. Überwiegend sei dies Staatsforst des Landes, so Tappeser.

Doch Bedingung für ein Biosphärenggebiet sind nicht nur drei Prozent Kern, sondern auch 17 Prozent Pflegezone. „Es werden keine zusätzlichen Schutzgebiete für die Pflegezonen ausgewiesen“, hieß deshalb eine weitere Garantie, die Ministerin nach Bad Waldsee mitgebracht hat. Das wären - wenn man sich für ein Biosphärenggebiet entscheidet - nur Flächen, die heute schon unter einer gewissen Schutzkategorie fallen. „Zu den Regeln, die es heute schon gibt, kommen keine hinzu“, machte Landrat Harald Sievers deutlich. „Und es kommt kein neuer Quadratmeter dazu. Diese Gewissheit war mir wichtig“, so der Landrat. Zu den Regeln ergänzte Egger: „Stand heute gibt es in Biosphärenggebieten ein Glyphosatverbot in der Pflegezone, weshalb versucht wird, Ackerflächen nicht in die Pflegezone aufzunehmen, und bestehende Regelungen aus dem Biodiversitätsstärkungsgesetz zu beachten.“

## Wo bleiben die Karten?

---

Wo diese Flächen sein könnten, wird derzeit erarbeitet. Auf die Frage der „Schwäbischen Zeitung“, warum es immer noch keine entsprechenden Karten gibt, sagte Regierungspräsident Klaus Tappeser seine Behörde habe den Arbeitsaufwand für die Kartierung schlicht unterschätzt. Im ersten Quartal des Jahres 2025 sollen die Karten

öffentlich gemacht werden. Den Fehler „unfertige, fehlerhafte Karten“ rauszugeben, wie es kurz nach Prozessauftritt der Fall war, will man unbedingt verhindern, beteuerte der Prozessvorsitzende und Fleischwangener Bürgermeister Timo Egger.



Im "Haus am Stadtsee" in Bad Waldsee warben Regierungspräsident Klaus Tappeser, Prozessvorstand Timo Egger, Umweltministerin Tekla Walker und Landrat Harald Sievers dafür, den Prüfprozess zum Biosphärengebiet sachlich zu Ende zu führen. (Foto: Paul Martin)

Bis die Karten fertig sind und auch danach werde der „ergebnisoffene Prüfprozess“ fortgesetzt, sagte Ravensburgs Landrat Harald Sievers. Am Ende werde es keine Gewinner oder Verlierer geben, sondern eine Grundlage für die Beitrittsentscheidungen in den Gemeinderäten. In der Vergangenheit habe man „viel aufgewirbelt“, so Sievers. Er sprach mehrmals von der „Halbzeit“ des im grün-schwarzen Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2021 festgeschriebenen Prozesses, die man nun erreicht habe. „Es gibt noch nicht auf alle Fragen antworten“, gab er zu. Außerdem müsse man die Debatte nun in der Breite der Gesellschaft führen und nicht nur dort, „wo sich jemand intuitiv betroffen fühlt“.

Die so genannte Potenzialkulisse für ein mögliches Biosphärengebiet Allgäu-Oberschwaben umfasst rund 155 000 Hektar Fläche. Noch ist aber völlig offen, welche Landschaftsbereiche, Städte und Gemeinden in diesem Bereich später Teil des Reservats werden könnten. (Foto: SZ)

Zum häufig herangezogenen Vergleich mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb fand der Landrat deutliche Worte: „Wenn ich mir meinen Landkreis anschau, sehe ich gar keine Gemeinsamkeit mit der Schwäbischen Alb. Uns muss nicht geholfen werden.“ Der wirtschaftsstarke Landkreis Ravensburg habe kein Problem, brauche keine Hilfe.

Auch die Stimmung ist in Oberschwaben offenkundig anders als auf der Alb, wo das Biosphärengebiet einst mit Handkuss empfangen wurde. Groß ist die Skepsis insbesondere im touristisch heute schon gut erschlossenen Allgäu. Hier hat in einer ersten Gemeinde, Argenbühl im württembergischen Allgäu, der Gemeinderat inzwischen beschlossen, die Prozessbeteiligung zu pausieren. „Den Diskurs abubrechen, finde ich

ganz schwierig“, sagte Timo Egger dazu. „Es ist mir unverständlich.“ Harald Sievers meinte, man solle den Beschluss des Argenbühler Gemeinderats nicht überinterpretieren. „Diese Räte verlangen doch nur: Wir wollen endlich Karten“, so des Landrats Einschätzung.

## **Dafür wirbt Walker**

---

Dass der Besuch der Ministerin, den man durchaus Werbeauftritt bezeichnen könnte, nötig war, begründet sie selbst so: Die Zeiten seit dem Aufsetzen des Koalitionsvertrags haben sich verändert. „Das Jahr war geprägt von Protesten, auch von Ressentiments und der Frage, wohin sich dieses Land entwickelt.“ Ein langwieriger, letztendlich demokratischer Prozess, mit zig Arbeitskreisen, Untergruppen und differenzierten Ansichten, sei deshalb besonders wertvoll - auch, wenn er anstrengend ist. „Jede Entscheidung in jedem Gemeinderat ist am Ende selbstbestimmt und wird respektiert. Aber vorher den Dialogprozess abbrechen, das wäre fatal. Weil Vertrauen zerstört würde“, so Walkers Plädoyer fürs Weitermachen. Ihr Angebot: „Laden Sie mich ein. Ich gehe jederzeit gerne ins Gespräch auch mit Waldbesitzern oder Landwirten.“ Ob es dazu kommt, darf man gespannt abwarten.